

Objektyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 29

PDF erstellt am: **20.05.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zu einer «glänzenden Zusammenarbeit» zwischen China und Deutschland werde es kommen, «wenn auch die Banken ihren Beitrag leisten», frohlockte der chinesische Ministerpräsident Li Peng anlässlich seines Besuchs in Deutschland. Kurz darauf verliess der Schlächter von Peking fluchtartig das Land, weil die Bevölkerung überall gegen die Menschenrechtsverletzungen in China protestierte – damit nachholend, was die Regierung nur halbherzig und nebenbei gewagt hatte.

Der Zusammenarbeit zwischen den beiden Grossmächten tut Li Pengs Verärgerung keinen Abbruch. Die milliardenschweren Verträge sind unterzeichnet, und das ist beiden Ländern recht. Wie in der *Süddeutschen Zeitung* nachzulesen ist, war Li Peng hochofrend über die Bereitschaft des kapitalistischen Deutschlands, mit seinem Land intensive wirtschaftliche Kontakte zu pflegen. «Wirtschaft ist die grösste Politik», sagte der sture Kommunist, und die deutschen Wirtschaftskapitäne doppelten nach: «Wir setzen auf Wandel durch Handel». Je mehr eine Öffnung des chinesischen Marktes erreicht werde, betonte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, «desto stärker kann auch die Situation der Menschenrechte in China verbessert werden.» Ziel der Bayern sei deshalb «Menschenrechte und Wirtschaft statt Wirtschaft oder Menschenrechte». Li Pengs Besuch sei ein erster Erfolg, habe doch «der Boden für eine fruchtbare Beziehung zwischen Bayern und China für eine intensive wirtschaftliche Beziehung verbreitert» werden können.

Die Geschichte gibt den deutschen Händlern recht. Man solle diese saftigen grünen Äpfel nicht mehr kaufen, hiess es noch vor einigen Jahren, denn damit unterstütze man Südafrika und die Apartheid. Wir haben die Äpfel dennoch gekauft. Sie waren ganz einfach saftiger als die Thurgauer Mehlsäcke, ausserdem war nicht einzusehen, was unser Apfelverzicht den Schwarzen bringen würde. Mittlerweile ist die Apartheid nicht mehr, und die grünen Knackdinger lagern immer noch verführerisch in unseren Verkaufsregalen. Na bitte, da haben wir's doch: Die Apartheid wurde überwunden, weil wir Äpfel gegessen haben, ohne uns um die Politik zu kümmern. Wirtschaft ist die grösste Politik.

Wir Schweizer sind gut beraten, uns an den Deutschen ein Vorbild zu nehmen. Nicht weil sie es an der Fussball-WM weitergebracht haben – der Weltmeistertitel blieb auch ihnen vorbehalten –, sondern weil deutsche Politiker eben etwas von Führung verstehen. Und weil sie vergessen können.

Hierzulande verhält es sich ganz anders. Wenn General Pinochet die Innerschweiz heimsucht, um irgendwelche Kanonen oder Flieger einzukaufen oder auch nur seine Nummernkonten durchzusehen, dann schweigt sich die offizielle Schweiz aus. Statt dem edlen Herrn einen netten Empfang zu bereiten, der vielleicht etwas abgeworfen hätte für unsere Wirtschaft, melden sich unsere Regierungsmänner mit einem dünnen Communiqué zu Wort: Pinochet weile nicht auf Einladung der Eidgenossenschaft in der Inner(!)schweiz, die Regierung sei über den Besuch nicht informiert worden.

Ja, was ist denn das für eine Aussenpolitik? Und wozu haben wir denn eigentlich einen Nachrichtendienst, wenn die ihre Informationen nur aus den Medien beziehen? fragt sich die Bevölkerung. Beruhigend äussert sich das Departement des Äusseren: Ab sofort können interessierte Bürgerinnen und Bürger den Vortragsdienst des Bundes ordern, um über die aussenpolitischen Grundsätze der Regierung informiert zu werden. Ein hübscher Gag für die nächste Grillparty. Anstatt uns in belangloser Kommunikation zu verlieren, können wir künftig unsere Diplomaten dabei beobachten, wie sie die Eidgenossenschaft im Ausland vertreten.

Was eigentlich unnötig ist, denn wir sind unserer Regierung in Sachen Aussenpolitik um einiges voraus. Bezüglich China sei daran erinnert, dass es der Genfer Büchersalon war, der die chinesischen Schlächter lange vor den Deutschen wieder salonfähig gemacht hat. Ohne dass deswegen irgendeiner nicht nach Genf gereist wäre. Hätte einer unserer Bundesräte den Mut aufgebracht, Li Peng zu begrüssen, wäre unsere Wirtschaft um einige Milliardenaufträge schwerer, und der kleine Chinese wäre erst noch nicht belästigt worden von renitenten Bürgern. Doch die Chance ist vertan, die Deutschen haben uns ausgetrickst. Ein Glück, sind sie nicht auch noch Weltmeister geworden!

IWAN RASCHLE

<b>Katastrophen in der Schweiz</b> .....	Seite 11
<b>KLICK: SBB übernimmt Zivilschutz</b> .....	Seite 12
<b>Warum wir die Hitze nicht mögen</b> .....	Seite 14
<b>Gespräch mit dem Pfarrer</b> .....	Seite 24
<b>Der geblähte Panda</b> .....	Seite 36
<b>Nebizin: Die Microband</b> .....	Seite 41
Titelblatt: Martin Senn	

**Hanspeter Wyss  
über das Job-Sharing  
Seite 23**

